

Es muss ein Ruck durch Zwickau gehen

Hans-Lothar Fischer

Man wird lange vergeblich in der Geschichte der europäischen Stadt nach Beweisen dafür suchen, dass Städte aufgrund ihres natürlichen Entwicklungspotentials (Geburtenüberschuss) wuchsen. Es ist statistisch belegbar, dass Stadtbevölkerung deutlich niedrigere Geburtenraten aufweist als Landbevölkerung. Gleichzeitig liegt aufgrund besserer Lebensbedingungen die durchschnittliche Lebenserwartung in Städten deutlich über der von ländlichen Gebieten. Städte wachsen also nicht aufgrund demographischer Faktoren, sondern allein durch Zuwanderung. Zuwanderung findet dann statt, wenn Handel und Gewerbe einer Stadt gute Arbeitsplatzchancen bieten. Städte verlieren Einwohner in erster Linie durch eigene Fehler. Wenn das Leben in der Stadt zu teuer oder unbequem wird, dann wandern die Leute an die Ränder der Stadt (Suburbanisierung). Städte verlieren Einwohner auch durch äußere Einwirkungen. Die Stadt „Colonia Ulpia Trajana“ am Rhein beispielsweise verschwand völlig von der Bildfläche, weil das römische Reich zusammenbrach. Andere Städte verloren an Einwohnern und Bedeutung, weil andere Städte ihre Umlandfunktionen ausdehnten, innovativere Produkte und Produktionsverfahren einführten, kurzum weil andere Städte im Wettbewerb der Städte erfolgreicher waren.

Die wesentlichen Impulse hin zu integrierter Stadtentwicklung und Stadtumbau, die von den Zwickauer Stadtverantwortlichen aufgegriffen wurden, kamen – das muss man einmal deutlich festhalten – von außen, nämlich von der Bundes- bzw. Landesebene. Bis dahin erschöpfte sich Zwickauer Stadtentwicklungspolitik in der Durchführung von Städtebau- und Architekturwettbewerben und nicht sehr erfolgreicher Industriepolitik. Erst die Meldungen aus dem Statistischen Landesamt über zu erwartende Bevölkerungsverluste infolge demographisch bedingter Vorgänge (Geburten-Sterbefall-Verhältnis) und Abwanderungstendenzen haben einige Wirkungen in der Zwickauer Stadtspitze gehabt. Die Anstöße zu einer breiteren Sicht der Dinge kamen nicht von innen, sondern es bedurfte der Fördermittel, um diese grundlegenden Arbeiten wenigstens anzustoßen.

Zwickau verliert gegenwärtig Einwohner, weil die Folgen der DDR und ihres Zusammenbruchs immer noch wirken. Wesentliche Stadtfunktionen sind während der DDR-Zeit verloren gegangen. Die notwendigen Vorbedingungen für Stadtentwicklung sind nämlich das reibungslose Funktionieren von Märkten und effiziente lokale Demokratie in Form von funktionierender Selbstverwaltung. Das Wesen der Marktwirtschaft besteht darin, dass viele verschiedene Akteure ihre wirtschaftlichen Entscheidungen (Was wird für wen an welchem Standort angeboten?) dezentral und selbstverantwortlich treffen und die Koordination (Abstimmung von Angebot und Nachfrage) dem Markt überlassen. Kommunale Selbstverwaltung hat in der Marktwirtschaft eine völlig andere Funktion als in einem zentralistischen System, sie muß die Bedingungen dafür schaffen, dass dezentrale Akteure mit ihren Aktivitäten dem Wohl

der Stadt dienen können (Infrastruktur: Straßen, Erschließung), dass Konflikte zwischen Akteuren friedlich gelöst werden und Urbanität geschaffen wird. So hat das Fehlen von Marktwirtschaft und Demokratie den ostdeutschen Städten in den 40 Jahren Sozialismus schwerste Schäden zugefügt. Städte wurden als betongewordene Reste des Kapitalismus begriffen. Ökonomische Entscheidungen wurden zentralisiert. Dabei kam es zwangsläufig zur Entmündigung der Wirtschaftssubjekte. Die Aufgabe der sozialistischen Administration bestand darin, die aus dem Zentralplansystem sich ergebenden Anforderungen auf lokaler Ebene zu vollziehen. Das System war auf Befehl und Gehorsam angelegt, Kennziffern dominierten und der mündige Bürger war nicht gefragt. Die Schäden dieses Regimes lassen sich nicht so ohne weiteres beseitigen. Dafür benötigt man eine lange Zeit.

Die 1:1 Übertragung des westdeutschen Systems der kommunalen Selbstverwaltung war unvermeidlich und im Sinne der Wiederaufnahme gemeinsamer kultureller Traditionen auch sicherlich richtig. Aber die Übertragung verläuft auch heute noch nicht ohne Probleme. Hinter der westdeutschen Kommunalverfassung stehen etliche Millionen von Ausbildungseinheiten, die als Investition Eingang in die Köpfe der Verwaltungsmitarbeiter fand. Die sozialen, historischen, ökonomischen und juristischen sowie sehr viele weitere wichtige Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten wurden speziell für die „dienende“ Funktion der kommunalen Selbstverwaltung vermittelt. Dieses Ausbildungsprogramm unterschied sich grundlegend von den Inhalten, die Mitarbeiter der DDR-Administration sich aneignen mussten. Deshalb war realistischerweise auch mit gravierenden Mentalitätsunterschieden zu rechnen. Die lassen sich eben nicht durch intensive Kontakte mit westdeutschen Partnerkommunalverwaltungen sondern allein durch intensive Kommunikation mit allen stadtbildenden Akteuren vor Ort beseitigen: Bürger und Administratoren müssen miteinander lernen.

Die DDR hat die Wirtschaft (Industrie, Handel und Gewerbe) und damit gleichzeitig den für eine funktionierende Stadt unerlässlichen Wohnungsmarkt zerstört. Nach 1990 hat die wiedergewonnene Wahlfreiheit der Konsumenten im Bereich des Wohnens für massive Abwanderung von Bevölkerung ins Umland gesorgt, weil dort nämlich die passenden Wohnungen schneller angeboten werden konnten. Gleichzeitig hat sich der Handel in der Peripherie der Städte ausgebreitet, weil verschiedene äußere Umstände (eingeschränkte Verfügbarkeit von Flächen in Innenstadtbereichen und die verkehrliche Erreichbarkeit) im Wege standen, wenn es um schnelle Positionierung im neu entstandenen Markt ging. Heute haben wir große Leerstände auf den Immobilienmärkten der ostdeutschen Städte. Ungenutzte Gewerbeflächen in den Innenstädten und leerstehende Wohnungen stehen einer Erneuerung der Städte durch private Investitionen entgegen, weil die konkurrierenden Flächenangebote für Handels- und Gewerbeflächen sowie für Wohnzwecke in der Peripherie für niedrige Renditen sorgen und damit den notwendigen Kapitalzufluss von außen stark begrenzen.

Politik und Verwaltung in Zwickau haben die Zeichen der Zeit immer noch nicht erkannt. Im Zusammenhang mit der Saturn-Ansiedlung zeigt sich wirklich nur die Spitze des Eisbergs. Die Fehlentscheidungen in Sachen Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung haben eine längere Geschichte. Unter der „Chefsachen“-Devise sind in Zwickau seit Jahren schwerwiegende strategische, inhaltliche und organisatorische Fehler gemacht worden. Diese wichtige Aufgabe wurde noch unter der Regie von Eichhorn bei den durchgängig autodidaktischen Ingenieuren – monopolisiert. Wichtige Vorhaben (Leitbild und Wirtschaftsförderkonzept) waren so wenig professionell vorbereitet, dass externe Fachleute die Zusammenarbeit mit dem Dezernat ablehnten. Da aber reichlich Fördermittel flossen, fand man schließlich willige Consulter, die wenig hilfreiche Ratsvorlagen – wohl ganz im Sinne Eichhorns - lieferten. Kritik daran kam weder von den Stadtratsfraktionen, noch von IHK und Handwerkskammer.

Skudelny hat eine Aufgabe übernommen, um die er wahrlich nicht zu beneiden war. Er musste sich mit der berechtigten Sachkritik an Vorlagen aus seinem Amt rumschlagen und dabei saß ihm Eichhorn im Nacken, dem eine breite öffentliche Diskussion der anstehenden Stadtentwicklungsprobleme zuwider war. Die inhaltliche und personelle Leere im Dezernat Eichhorn kam einigen Amtsleitern im Baudezernat gerade recht. Da Vettermann seine eigentliche Rolle immer noch nicht finden konnte, hat nun sein Nachfolger im Bau-Dezernat leichtes Spiel. Er verbündet sich mit einem am Eigennutz orientierten Immobilieneigentümer und wird dabei vermutlich von untergebenen Amtsleitern unterstützt - zum Nachteil der Stadt.

Nun wird auch noch der Studiengang Regional- und Immobilienökonomik an der WHZ eingestellt. Mit ihm hätte sich der Aufbauprozess wirkungsvoll unterstützen lassen. Diese Chance hat die Stadt durch ihre Ignoranz vertan.